

# Politische Bildung steht am Anfang der Demokratie

Text: Luca Ghiselli

Bild: Roger Wehrli

Im Lehrplan 21 ist sie verankert, bei Jugendlichen umstritten und für Jungparteien von grosser Bedeutung: politische Bildung an Schulen. Sie soll Jugendlichen das nötige Rüstzeug mitgeben, damit sie später von ihrem demokratischen Recht Gebrauch machen können.



Junge Menschen seien politikverdrossen, war im vergangenen Jahr nach der Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative immer wieder zu lesen: Sie seien stimmfaul und desinteressiert. Zum Schluss, dass das politische Wissen von Jugendlichen unterdurchschnittlich sei, kam eine internationale Bildungsstudie bereits im Jahr 2001. Bezuglich schulischer Partizipationsmöglichkeiten schnitt die Schweiz damals auf dem drittletzten Platz von 28 untersuchten Staaten ab. Eine aktuellere Studie der HTW Chur, die unter anderem das politische Informationsverhalten von Jugendlichen untersuchte, kam vergangenen September zu einem anderen Ergebnis: Zwei Drittel der befragten Jugendlichen gaben an, sich politisch zu engagieren.

## *«Politische Bildung soll eine aktive Auseinandersetzung mit Weltanschauungen, konkreten Problemen und verschiedenen Antworten beinhalten.»*

Die Schule soll hier Unterstützung bieten. Im Interview erklärt Béatrice Ziegler vom Zentrum für Demokratie in Aarau (ZDA), wie viel politische Bildung im Lehrplan 21 vorgesehen ist. Sie findet: nicht genug. Zwar sei politische Bildung im Fachbereich «Natur, Mensch, Gesellschaft» und im überfachlichen Bereich verankert, ein eigenes Gefäss erhält die politische Bildung jedoch nicht.

### Konkrete Probleme ansprechen

«Politische Themen sind bei uns sehr umstritten», sagt auch Sandro Bucher, Chefredaktor des Schweizer Jugendmagazins «Tink.ch». Zwar seien die Jugendlichen nicht per se desinteressiert, was politische Sachverhalte angeht. Jedoch selektieren sie ihre Interessen stärker, fokussieren sich auf Themen, von denen sie sich selbst stark betroffen fühlen, so Buchers Eindruck. Solche Themen seien derzeit zum Beispiel die Verschwendungen von Lebensmitteln oder die EU.

Gegenüber politischen Themen verschliessen will sich «Tink.ch» aber nicht. Seit einigen Jahren pflegt das Magazin eine Medienpartnerschaft mit der nationalen Jugendsession, die jeweils in Bern stattfindet. Während der Session berichten jugendliche Redaktorinnen und Redaktoren für ihre Leserschaft aus dem Bundeshaus. Vertreterinnen und Vertreter von Jungparteien spüren den politischen Bildungsstand von jungen Erwachsenen als Erste. Wie viel Vorwissen junge Neumitglieder mitbringen, ist ein wichtiger Faktor für das Funktionieren einer Jungpartei. Für Samuel Brülsauer, langjähriges Mitglied des St. Galler Jugendparlaments und heutiger Präsident der Juso Kanton St. Gallen, spielt

politische Bildung in der Schule eine wichtige Rolle für die Kompetenz von jungen Erwachsenen. Staatskunde allein genüge aber nicht, denn: «Reine Institutionenlehre führt dazu, dass junge, an sich Politikinteressierte, die Materie als kompliziert und langweilig empfinden.» Dies wiederum könnte zur Folge haben, dass Jugendliche nicht in der Schule, sondern eben im Elternhaus oder erst später am Stammtisch politisiert werden. Politische Bildung müsse an der Schule ansetzen: «Es soll eine aktive Auseinandersetzung mit Weltanschauungen stattfinden», sagt Brülsauer.

### LCH für starke politische Bildung

Ähnlicher Ansicht ist auch LCH-Zentralpräsident Beat W. Zemp. «Mit einer reinen Institutionenlehre, wie dies im staatsbürgerlichen Unterricht früher der Fall war, lässt sich das Interesse an politischen Fragen bei der Jugend nicht erhöhen.» Hingegen vermögen laut Zemp Projekte wie «Schulen nach Bern» oder «Jugend debattiert», in denen politische Bildung in einem konkreten Kontext vermittelt werde, das Interesse der Jugendlichen zu fördern und zeigen nachhaltige Wirkungen. Der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer LCH unterstützt laut Zemp das Bildungsziel, dass die politische Bildung zum Kanon der Volksschule gehören soll. «Gerade im System der direkten Demokratie ist es wichtig, dass Schülerinnen und Schüler am Ende der Volksschulzeit über elementare Kenntnisse des politischen Systems der Schweiz verfügen.» Der LCH habe deshalb mehrfach die Stärkung der politischen Bildung gefordert.

In den von LCH und SER aufgelegten Thesen des 1. Schweizer Bildungstags 2011 findet sich unter Punkt 7 eine Forderung, die den Zustand der politischen Bildung bemängelt und zum Schluss kommt: «Gefordert ist hier eine gemeinsame Bildungsoffensive von Politik, Schulbehörden und Lehrerschaft mit den dafür notwendigen Ressourcen.» Tatsächlich sind diese im Lehrplan 21 auch vorgesehen. Beat W. Zemp bekräftigt, dass man im Lehrplan diverse Hinweise auf politische Bildung in verschiedenen Fachbereichen finde. Zudem könne man im Rahmen des Projektunterrichts diesbezüglich Schwerpunkte zu setzen. ■

Luca Ghiselli

## NEUE ONLINE-PLATTFORM FÜR JUGENDLICHE

Im März geht die Online-Plattform «Scoop-it 2.0» live. Sie basiert auf den Ergebnissen einer Studie der HTW Chur und des Dachverbandes Schweizer Jugendparlamente. «Scoop-it» soll Jugendliche gezielt über politische Inhalte informieren.